

ZfPC

Zeitschrift für Product Compliance
1/2024 | Seiten 1–40

Der Critical Raw Materials Act der Europäischen Union: Endlich eine echte Rohstoffpolitik?

Editorial



Die Rohstoffpolitik wurde in den letzten Jahren stiefmütterlich behandelt. Die disruptiven Krisen (Magnesiumkrise 2021, chinesische Exportbeschränkungen von Gallium und Germanium etc.) haben deutlich gezeigt, wie anfällig die Rohstofflieferketten der Europäischen Union (EU) sind. Nachdem inzwischen erkannt wurde, dass die Roh-

stoffpolitik einer der wesentlichen Enabler der vielen anstehenden Transformationen ist, hat die EU mit dem Critical Raw Materials Act (CRMA) einen wichtigen Schritt in Richtung einer sicheren und nachhaltigen Rohstoffversorgung unternommen.

Das Gesetz, das im März 2023 von der EU-Kommission vorgeschlagen und schon im Dezember 2023 durch das Europäische Parlament verabschiedet wurde, soll die Abhängigkeit der EU von importierten kritischen Rohstoffen verringern und die Nachhaltigkeit der Rohstoffgewinnung verbessern.

Als „kritische Rohstoffe“ gelten Rohstoffe, die für die europäische Wirtschaft von hoher Bedeutung sind, aber mit begrenzter Verfügbarkeit, Konzentration in wenigen (politisch instabilen) Ländern und hohem Risiko von Versorgungsunterbrechungen einhergehen. Dazu gehören beispielsweise seltene Erden, Lithium, Kobalt und Platingruppenmetalle, aber auch Kupfer und Aluminium. Für die Commodities ist die Aufnahme auf die Liste von erheblicher Bedeutung.

Um die Unabhängigkeit der europäischen Wirtschaft zu sichern, sollen in Zukunft bestimmte strategische Projekte in der gesamten EU von spezifischen Genehmigungsverfahren profitieren

(Art. 6). Besonders interessant ist dabei die festgelegte Dauer der Genehmigungsverfahren. Sie liegt für strategische Projekte im Bereich der Gewinnung bei 27 Monate, im Bereich Verarbeitung und Recycling bei 15 Monate. Auch wenn die Umweltverträglichkeitsprüfung aus diesem Zeitraum herausgenommen worden ist, wird es sportlich. Koordiniert werden die Genehmigungsverfahren zukünftig über eine zentrale nationale Anlaufstelle (Art. 9), was im föderalen Deutschland eine besondere Herausforderung darstellen wird. Auch für die Unternehmen hält der CRMA Spannendes bereit. So müssen bestimmte Unternehmen zukünftig zusätzlich zu anderen Berichtspflichten Risikobewertungen ihrer Lieferkette in Bezug auf strategische Materialien durchführen (Art. 24). Über all diese Punkte wird der neue Europäische Ausschuss für kritische Rohstoffe wachen (Art. 35).

Diese Punkte sind nur ein Exzerpt aus der Verordnung, die zum weiteren Schmökern einlädt. Die Feuertaufe wird der CRMA erhalten, wenn er mit einer ausreichenden Finanzierung ausgestattet wird und sich im Zusammenspiel mit anderen europäischen Gesetzen, wie IED, CSDDD, REACH und CBAM, oder den nationalen Gesetzen, wie BImSchG, UVPG und dem bald novellierten Bergrecht, durchsetzen kann. Am Ende muss man sich ehrlich machen und entscheiden, welches Ziel prioritär verfolgt werden soll. Für eine sichere, diversifizierte, bezahlbare und nachhaltige Versorgung ist der CRMA der erste richtige Schritt. Hoffen wir, dass es der Startschuss für eine erfolgreiche europäische und nationale Rohstoffpolitik ist.

Dr. Daniel Quantz, LL.M.
Bereichsleiter Nachhaltigkeit | Recht
bei der Wirtschaftsvereinigung Metalle e.V.